

Lehrkräfteverbände und Landeselternbeirat fordern kleinere Klassen



Auf der Pressekonferenz des Landeselternbeirates zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Lehrkräfteverbände, v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß (vlw), Harry Wunschel (vlbs), Klaus-Peter Hammer (GEW), Reiner Schladweiler (LEB), Cornelia Schwartz (PhV), Saskia Titgen (VRB) und Gerhard Bold (VEB).

(Harry Wunschel) In der ersten gemeinsamen Pressekonferenz des Landeselternbeirates (LEB) zusammen mit allen Lehrkräfteverbänden in Rheinland-Pfalz wurde hauptsächlich die Forderung nach kleineren Klassen mit den anwesenden Journalisten diskutiert.

Die nicht ganz neue Forderung erhält durch das derzeitige Pandemiegeschehen eine zusätzliche Begründung. Gerade um den Übergang zwischen Präsenz- und Online-Unterricht in Szenario 2 nicht durch Klassenteilungen zu erschweren, sollten generell kleinere Klassen ermöglicht werden.

Zwar werden Klassengrößen von maximal 15 Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft nicht für alle Schulformen und -arten so einfach möglich sein, jedoch sollte die Klassenmesszahl zumindest von 30 auf 25 Schülerinnen und Schüler abgesenkt werden. Damit wird die Möglichkeit für individualisiertes Lernen gestärkt und das Arbeiten in kleineren Schülergruppen verbessert. Zusätzlich kann die Digitalisierung im Unterricht erleichtert und viel zielgerichteter auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zugeschnitten werden.

Gleichzeitig sollte wenigstens in den berufsbildenden Schulen die allgemeine Mindestschülerzahl von 16 zumin-

dest für dieses Schuljahr unterschritten werden dürfen, ohne Abstriche bei den Unterrichtsstunden. Damit es dann keine Probleme mit der Übermittlung der Gliederungspläne an das Statistische Landesamt gibt, sollten ebenso die Pause-Regelungen im nächsten Schuljahr ausgesetzt werden.

Durch die erste Pandemiewelle im letzten Schuljahr kann es zu deutlichen Verschiebungen der Schülerströme kommen. Nicht besetzte Ausbildungsplätze könnten zu kleineren Klassen im Berufsschulbereich führen, aber auch Schülerrückgänge in den Vollzeitbildungsgängen sind zu befürchten. Beispielsweise ist nicht klar, ob ausreichend Schülerinnen und Schüler aus den allgemeinbildenden Schulen in die Berufsfachschule wechseln.

Die Journalisten fragten, woher kurzfristig die notwendigen zusätzlichen Lehrkräfte kommen sollen. Zumindest für die allgemeinbildenden Fächer sollte dies möglich sein, da viele Lehrkräfte mit gutem Examen oft in anderen Bundesländern eine Stelle finden. Für die beruflichen Fächer sind jedoch nur langfristig Verbesserungen möglich, und auch nur, wenn das Land bereit ist, dafür zusätzliche Gelder in die Hand zu nehmen.

Um die notwendigen zusätzlichen Räume für kleinere Klassen zu ermöglichen, waren alle Lehrkräfteverbände und der LEB bereit, zumindest für eine kurzfristige Übergangszeit, eine Containerlösung in Betracht zu ziehen. In den BBS könnten auch Unterrichtszeiten angepasst werden, soweit sich die Zahl der Springstunden für die Lehrkräfte in Grenzen halten und ein öffentlicher Schülertransport weiterhin möglich ist.

Dem Vorschlag der GEW in der Pressekonferenz, Maßnahmen gegen die Frühpensionierung zu ergreifen, kann der vlbs leider nichts abgewinnen. Schließlich sind es eher gesundheitliche Aspekte, wenn sich Lehrkräfte für eine Frühpensionierung entscheiden (müssen).

Der Landeselternsprecher Reiner Schladweiler machte sehr deutlich, dass für alle Maßnahmen zusätzliche Gelder notwendig sind, die im Nachtragshaushalt und im nächsten Landeshaushalt eingestellt werden müssen.

In dieser Ausgabe:

Lehrkräfteverbände und Landeselternbeirat fordern kleinere Klassen	Titelseite
Deutscher Lehrerverband fordert mehr als nur das Aufstellen von Hygienestandards	Seite 24
Online-Fortbildung des vlbs	Seite 24 und 25
Das neue Berufsbildungsgesetz	Seite 25
(K)ein Feueralarm und seine Folgen Eine Bestandsaufnahme über den Zustand unserer Schulen	Seite 26 und 27
Der Berufsbildungsbericht IN KÜRZE	Seite 27
Deutschland hat beim digitalen Lehren und Lernen Aufholbedarf Neuwahlen im vlbs-Bezirksverband Vorderpfalz	Seite 28

Deutscher Lehrerverband fordert mehr als nur das Aufstellen von Hygienestandards

(MP) Der Deutsche Lehrerverband (DL) und seine Mitgliedsverbände DPhV, VDR, BvLB und KEG sehen die Politik in der Pflicht, im nächsten Schuljahr Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen möglichst guten Verlauf des kommenden Schuljahrs in Zeiten von Corona gewährleisten.

Die Lehrerverbände hoffen, dass die Quote der Infektionen gering bleibt, um Präsenzunterricht mit möglichst geringem Risiko von Infektionsclustern abzuhalten.

Die bestehende Gefahr eines wieder zunehmenden Infektionsgeschehens darf dabei aber nicht unterschätzt werden.

Der DL fordert daher deutlich umfassendere Innovationen in grundlegenden pädagogischen, technischen, gesundheitsrelevanten und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen, die zu Beginn des neuen Schuljahrs umgesetzt sein sollten, als nur die von der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgestellten Hygienestandards für das neue Schuljahr.

Die Forderungen des DL sind in einem 10 Punkte-Plan für Unterricht mit (und nach) Corona zusammengefasst:

1. Ziel ist der digital unterstützte Präsenzunterricht als Regelfall (Plan A) auf der Basis eines neu zu erarbeitenden didaktischen Konzeptes.
2. Für den digital unterstützten Präsenzunterricht im Schuljahr 2020/21 müssen neben dem Regelunterricht dauerhaft Förderangebote zur Verfügung gestellt werden.

3. Der digital unterstützte Präsenzunterricht, der im Notfall phasenweise durch Fernunterricht ersetzt werden kann (Plan B), ist, angepasst an die jeweilige regionale Infektionslage, schulart- und altersspezifisch durchzuführen.
4. Für die verlässliche Planung des neuen Schuljahrs müssen die Länder die Voraussetzungen für wöchentliche freiwillige Corona-Testungen der Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sowie einen Visierschutz zur Verfügung stellen.
5. Bildungs- und Leistungsstandards dürfen nicht abgesenkt werden, sondern Curricula und Prüfungen sind kompetenzorientiert und vollständig zu erfüllen.
6. Freiwillige Wiederholungen, auch zur Hälfte des Schuljahres, sollten als flexibles Instrument ermöglicht werden.
7. Digitale Sprechstunden zwischen Lehrkräften, Eltern und Schülern sollten in das Unterrichtsdeputat integriert werden.
8. Das Zusammenwirken von Eltern, Lehrkräften und Schülern ist zu stärken und besser zu organisieren.
9. Das Referendariat ist in allen Bundesländern auf die ursprüngliche Dauer von zwei Ausbildungsjahren anzuheben.
10. Lebenslanges Lernen wird nur dann gelingen, wenn sich Schule als Teil der Gesellschaft inhaltlich mit den Hintergründen der Pandemie auseinandersetzt und Resilienz entwickelt, um mögliche weitere Krisen zu bewältigen.

Bisher kann niemand voraussagen, wie sich nach dem Schulstart das Corona-Infektionsgeschehen entwickelt. So kann es, je nach Infektionslage, immer wieder vorkommen, dass z.B. regional, an einzelnen Schulen oder in einzelnen Klassen eine Verlagerung des Unterrichts von der Anwesenheit im Schulgebäude auf Distanzlernen mit Hilfe von Online-Medien stattfinden muss.

Neben den Lerninhalten im Präsenzunterricht und über digitale Wege steht in der aktuellen, weltweiten Corona-Krise auch der Gesundheitsschutz der Schulfamilie im Fokus.

„Lehrkräfte, Verwaltungspersonal sowie Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf Infektionsprävention! Die Länder und Schulträger müssen im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht die Voraussetzungen für wöchentliche, freiwillige Corona-Testungen schaffen und praxistaugliche und aerosolvermindernde Lüftungskonzepte vorhalten!“, fordert der stellvertretende Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), Wolfgang Lambl.

Außerdem sind digitale Sprechstunden zwischen Lehrkräften, Eltern, Auszubildenden und Schülern gerade in Zeiten des Abstandhaltens ein zusätzlicher Weg, um eine bessere Kommunikation zu gewährleisten.

Darum fordert Wolfgang Lambl eine Reduzierung des Unterrichtsdeputates um mindestens eine Stunde, damit Lehrkräfte dieses Kommunikationsangebot auch anbieten können.

Online-Fortbildung des vlbs



Zur Person: Mareike Schumacher unterrichtet an der BBS Wirtschaft Trier die Fächer Deutsch, Sozialkunde und Darstellendes Spiel. Sie ist stellvertretende vlbs-Landesvorsitzende, stellvertretende Vorsitzende des BV Trier und Mitglied im Hauptpersonalrat BBS.

(Mareike Schumacher) Die Thematik der interaktiven Methoden und

Tools im Onlineunterricht liegt aufgrund der sich schnell verändernden unterrichtlichen Bedingungen während der Coronapandemie im Trend - Lehrerinnen und Lehrer wollen sich hier fortbilden.

Auf diesen Fortbildungsbedarf ist der vlbs eingegangen und hat mit Unterstützung der digitalen Schulkademie von beWirken eine Online-Fortbildung mit dem Titel „Interaktive Methoden und Tools im Onlineunterricht einbinden“ mit der Referentin Judith Holle am 15. Juni

angeboten. Da sich innerhalb kürzester Zeit hierzu 80 vlbs-Mitglieder angemeldet hatten, konnte am 22. Juni ein Zusatztermin angeboten werden.

Judith Holle hatte während dieser interaktiven Online-Fortbildung hilfreiche und spannende Tools zum digitalen Lernen vorgestellt, z.B. Padlet, Cryptpad, Oncoo und Whiteboard Fox.

Teilnehmerin Theresa Frey von der BBS Wirtschaft in Trier resümierte zur Veranstaltung: „Insbesondere in diesen Zeiten eine passgenaue und gewinn-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vom vlbs organisierten und in Zusammenarbeit mit der digitalen Schulakademie beWirken durchgeführten Online-Fortbildung.

bringende Veranstaltung, die motiviert, weiterhin zielgerichtet mit digitalen Tools im Unterricht zu arbeiten und Mut macht, auch Neues auszuprobieren.“

Auch vlbs-Mitglied Eric Ruppenthal von der BBS Technik Kaiserslautern schloss sich diesem Statement an: „Wir lernten u.a. interaktive Tools für den Live-Unterricht kennen, die sich sogar für Gruppenarbeitsphasen eignen. Es gab während der Online-Fortbildung auch die Möglichkeiten, die einzelnen Tools direkt auszuprobieren. So konnte man sich gleich ein Bild davon machen, wie schwierig -

oder einfach - die digitalen Helferlein zu bedienen sind. Es wurden auch mehrere Video-Meeting-Programme mit ihren Vor- und Nachteilen vorgestellt. Insgesamt war es ein interessantes und kurzweiliges Online-Seminar mit vielen nützlichen Inhalten und tollen Werkzeugen, durch das Frau Judith Holle von beWirken souverän und kompetent führte.“

Erläutert wurde auch, wie diese Werkzeuge interaktiver Methoden und Tools im Präsenz- oder Onlineunterricht pädagogisch sinnvoll eingesetzt werden können. Dabei ging

es von simplen Tools der Interaktion, wie Umfragen oder dem Erstellen von MindMaps, bis hin zur kreativen Kollaboration mit Software oder Apps, um inhaltlich zu arbeiten.

Im Fokus des Einsatzes dieser Tools sollten stets das positive Lernerlebnis der Schülerinnen und Schüler und die Unterstützung des Kompetenzerwerbs stehen.

Nicht nur von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gab es sehr positives Feedback, auch Judith Holle lobte die Veranstaltung: „Die rege Beteiligung war sehr bereichernd für das Online-Seminar und zeigt das große Interesse und die Motivation der Teilnehmenden. Danke an die vlbs-Mitglieder.“

Diese Form der Online-Fortbildung hat auch den Vorteil, dass jeder von überall teilnehmen kann, sofern er ein internetfähiges Endgerät zur Verfügung hat, ohne dass große Fahrstrecken zurückgelegt werden müssen. Auch die Teilnehmerzahl kann mitunter deutlich größer sein, als dies bei Präsenzveranstaltungen möglich wäre.

Aufgrund dieser Überlegungen, der großen Resonanz und des positiven Feedbacks möchte der vlbs zukünftig zu seinem Präsenzangebot auch verschiedene Online-Formate anbieten.

Wenn hierzu Wünsche Ihrerseits bestehen, schreiben Sie gerne an Mareike.Schumacher@vlbs.org.

Das neue Berufsbildungsgesetz

(MP) Zum 01.01.2020 ist das seit 50 Jahren existierende und nun novellierte Berufsbildungsgesetz in Kraft getreten.

Die allgemeinen Vorschriften der Berufsbildung finden sich im Teil 1 des Berufsbildungsgesetzes.

In Teil 2 „Berufsbildung“ sind grundsätzlich die Ziele und Lernorte der Ausbildung festgelegt. Neben der Begründung des Ausbildungsverhältnisses sind hier auch die Pflichten der Auszubildenden und die der Ausbildenden geregelt.

So haben die Auszubildenden u.a. die ihnen im Rahmen ihrer Berufsausbildung aufgetragenen Aufgaben sorgfältig auszuführen und den Weisungen zu folgen, die ihnen von Ausbildenden oder von anderen weisungsberechtigten Personen erteilt werden.

Ausbildende haben den Auszubildenden kostenlos die Ausbildungsmittel zu

stellen, müssen die Auszubildenden zum Führen der Ausbildungsnachweise anhalten und dürfen sie vor einem vor 9 Uhr beginnenden Berufsschulunterricht nicht beschäftigen. Auch sind die Auszubildenden an dem Arbeitstag, der der schriftlichen Abschlussprüfung unmittelbar vorangeht, freizustellen.

Weiterhin ist die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung ebenso geregelt wie die Probezeit und die Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses.

Auch finden sich dort Regelungen zum Umgang mit ausländischen Vorkenntnissen, zur beruflichen Umschulung und zur Berufsbildung für besondere Personengruppen.

In Teil 3 wird die Organisation der Berufsbildung geregelt. Hier geht es u.a. um die Bestimmung der zuständigen Stellen und die Berufsbil-

dungsausschüsse, die Überwachung der Berufsbildung und um Landes- und Ausschüsse für die Berufsbildung.

Teil 4 beinhaltet die Ziele der Berufsbildungsforschung, die Ziele der Berufsbildungsplanung und die Statistik.

Informationen zum Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) mit seinen Aufgaben und Organen sind in Teil 5 zu finden.

In den Teilen 6 und 7 sind die Bußgeldvorschriften und die Übergangs- und Schlussvorschriften aufgeführt.

Das insgesamt 106 Paragraphen umfassende neue Berufsbildungsgesetz des Ministeriums für Bildung und Forschung ist auf der Homepage des vlbs unter „Das neue Berufsbildungsgesetz BBiG“ nachzulesen.

Weitere Informationen finden Sie auch auf der Homepage des Ministeriums für Bildung und Forschung.

(K)ein Feueralarm und seine Folgen Eine Bestandsaufnahme über den Zustand unserer Schulen



*Zur Person:
Johannes
Fuchs unter-
richtet an der
BBS Technik 1
in Ludwigsha-
fen Englisch,
Sozialkunde
und Geschichte.
Er ist EU-
Beauftragter
seiner Schule
und Vorsitzen-
der des OV
Ludwigshafen.*

(Johannes Fuchs) Wenn man über Schulzentren spricht, spricht man automatisch immer auch über viele Kolleginnen und Kollegen, über sehr viele Schülerinnen und Schüler und über sehr hohen Bedarf an Sicherheit und Vertrauen, den diese Gruppen täglich der Stadt, die das Zentrum beherbergt, entgegenbringen.

So erwarten Schülerinnen und Schüler eine zuverlässige Verbindung hin und vom Zentrum und Lehrerinnen und Lehrer einen sicheren Arbeitsplatz mit möglichst einfacher Zu- und Abfahrt.

Doch dieser Zustand ist mehr Wunsch als Wirklichkeit, dies lässt sich am Georg-Kerschensteiner-Berufsbildungszentrum (GKB) in Ludwigshafen ablesen. Denn seit Jahrzehnten wirken Schulleitungen und Personalräte darauf hin, dass zwingend notwendige Sanierungen stattfinden.

Jüngst wurde sogar, vom Personalrat angeregt, eine Raumluftmessung vorgenommen, um der Stadt zu zeigen, wie kritisch die Lehrkräfte die Situation vor Ort sehen und welche Sorgen die Betroffenen plagen.

Viele Langzeiterkrankte, viele Kolleginnen und Kollegen mit schweren Erkrankungen und sogar Todesfälle im Kollegium selbst führten dazu, dass die Dringlichkeit um den Zustand des Gebäudes zu einem Gespräch zwischen Stadt und Kollegien führte. Dieses Gespräch wurde allerdings unterschiedlich interpretiert!

Die anwesenden Beschäftigten wiesen auf die unhaltbaren Zustände (u.a. sich lösende Deckenplatten, unbenutzbare Toiletten, Verdacht auf Schimmel- und Asbestbelastung) hin. Keiner der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt sah diese als begründet riskant oder latent gefährdend an. Die Stadt ging sogar aus dem Gespräch mit dem Gefühl „Lief doch gut!“

„Lief gut“ fanden die Kolleginnen und Kollegen allerdings nicht.

Es mehrten sich Beschwerden, aber auch Resignation machte sich breit, zumal ein Protest der Schülerschaft und ein vom SWR gesendeter Beitrag „Der Schimmel ist älter als unsere Schüler“ (übrigens immer noch auf Youtube unter genau diesem Titel verfügbar) eher ungehört verstrich.

Doch dann passierte am 30.06.2020 das, was in den Augen vieler Kolleginnen und Kollegen das Fass zum Überlaufen brachte: Ein Feueralarm löste nicht aus, da die Brandmeldeanlage ausgefallen war.

Zwar wurde die Feuerwehr aufgrund eines Brandgeruchs gerufen, allerdings funktionierten weder die Feuerschutztüren noch die akustische oder visuelle Brandalarmierung.

Die Schulleitungen informierten „zu Fuß“ die Kollegien und die Schülerschaft. Glücklicherweise hielt sich zum Zeitpunkt des Ereignisses gerade einmal ca. 1/3 der sonst etwa 3700 Personen im Schulgebäude auf.

Die Alarmierung und die sich anschließende Evakuierung verlief dementsprechend zivil. Man darf aber an dieser Stelle gerne darüber nachdenken, wie das Ganze wohl in einem schlimmeren Ernstfall bei voll besetztem Gebäude verlaufen wäre.

Nun würde man davon ausgehen, dass die Medien über das Ereignis berichten; die größte Schule der Region, das GKB, mit einem nicht funktionierenden Feueralarm musste geräumt werden. Doch nirgendwo eine einzige kleine Meldung.

Dies war der Anlass für den vlbs OV Ludwigshafen aktiv zu werden: Wie kann es sein, dass solch ein Ereignis von den Medien ignoriert wird? War der Blitz auf der A65 tatsächlich wichtiger? Offenbar, denn die Pressestellen der involvierten Parteien (Polizei, Feuerwehr und Stadt) haben keine Meldung abgesetzt.

An dieser Stelle darf gerne über den Grund spekuliert werden. Der Bericht des vlbs Ortsverbandes Ludwigshafen kann auf der Homepage des vlbs unter „Stellungnahme des OV LU zum Brand 30.06.2020“ nachgelesen werden.

Es ist aber bezeichnend: Seit Jahren werden Diskussionen über den Zustand geführt sowie auf Missstände und Probleme hingewiesen. Aber es passiert einfach nichts.

Nur als die Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen, Jutta Steinruck (SPD), zu einem Ortstermin eingeladen wurde, waren einige Mitarbeiter der Stadt Ludwigshafen sichtlich bemüht, die auf dem Weg vom Eingang zum Konferenzraum befindlichen, offensichtlichen Baumängel möglichst zu beseitigen. So wurden u.a. Deckenplatten in Windeseile getauscht, Lichter repariert und sogar beschädigte Schalter getauscht.

Selbst nach der Stellungnahme des vlbs bleiben die Probleme vor Ort weiter bestehen. In einer Presseerklärung der Stadt wurde nur darauf hingewiesen, dass die Alarmierung der Feuerwehr funktioniert habe.

Es ist beängstigend, dass der Schulträger sich nicht zu einer Aussage durchringen kann, dass man daran arbeitet, die Missstände zu beseitigen.

Man fragt sich, welchen Stellenwert Schulgemeinschaften in einer Gesellschaft haben. Probleme werden aufgeschoben, wegdiskutiert oder ignoriert, in der Hoffnung, dass sie entweder von alleine verschwinden oder die Beschwerdeführer irgendwann resigniert aufgeben.

Ludwigshafen hat einige Baustellen: Brücken sind marode, Gebäude sind renovierungsbedürftig, die Infrastruktur bröckelt. Aber es kann nicht sein, dass es immer erst zum Äußersten kommen muss, bevor man endlich vernünftige Zustände herstellt. In ihrer Stellungnahme verwies die Stadt zudem auf „Beschädigungen und Vandalismus“. Es ist beschämend, dass man damit versucht, den „Schwarzen Peter“ wieder an die Schule zurückzuspielen.

Schließlich arbeitet die Schulgemeinschaft des GKB auch in ihrer Freizeit am Bild der Schule: Es wurden einige Projekte gemeinschaftlich mit Arbeitgebern der Schülerinnen und Schüler sowie Sponsoren umgesetzt, die das Bild der Schule merklich aufwerteten.

Es ist allerdings zu einfach, mit dem Finger nur auf die Stadt zu zeigen. Das GKB ist nur eine von vielen Schulen in Rheinland-Pfalz, die mit diesen Problemen kämpft.

IN KÜRZE

(MP) Zum Start der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat die EU-Kommission am 1. Juli eine Ratsempfehlung zur beruflichen Aus- und Weiterbildung vorgeschlagen.

Die Berufliche Bildung in Europa soll gestärkt und die Reform von vollzeitschulischen Ausbildungssystemen in den Mitgliedstaaten vorangebracht werden. Kernelement der Empfehlung soll dabei eine engere Verzahnung zwischen Arbeitsmarkt, Arbeitsplatz und Ausbildung unter Einbeziehung der Wirtschaftsakteure sein. Die Mitgliedstaaten werden zudem aufgefordert, mehr in die Berufliche Bildung zu investieren und dazu auch die EU-Fonds beziehungsweise EU-Finanzierungsinstrumente wie „Next Generation EU“ zu nutzen. Außerdem sollen nach und nach 50 europäische Plattformen für berufliche Exzellenz als Maßnahme unter dem EU-Bildungsprogramm ERASMUS+ eingerichtet werden. Quantitative Bildungsziele sollten aber mit dem Bedarf der Unternehmen im Einklang stehen, der in der Beruflichen Bildung immer die Richtschnur ist. Kritisch zu bewerten sind hingegen bildungspolitische Steuerungsambitionen der EU, wie eine automatische Anerkennung von ausländischen Qualifikationen. *Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag, vom 13.07.2020*

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung veröffentlichte am 27.07.2020 den unabhängigen Evaluationsbericht für die erste Förderphase des Bund-Länder-Programms „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“. Ziel des Forschungsprogramms ist es, eine praxisorientierte Lehrerbildung zu fördern, die damit möglichst nah am Schulalltag ist. Mit der „Qualitäts-offensive Lehrerbildung“ wollen Bund und Länder gemeinsam den gesamten Prozess der Lehrerbildung bis in die berufliche Einstiegsphase und die Weiterbildung inhaltlich und strukturell nachhaltig verbessern. Zugleich soll die Mobilität von Studierenden und Lehrkräften verbindlich gewährleistet werden. Das heißt konkret, dass die Länder untereinander die Lehramtsabschlüsse anerkennen und länderübergreifend unter den gleichen Voraussetzungen in den Vorbereitungs- und Schuldienst einstellen. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat zudem beschlossen, die „Qualitäts-offensive Lehrerbildung“ ab 2020 um eine Förderrunde mit den Schwerpunkten „Digitalisierung in der Lehrerbildung“ und/oder „Lehrerbildung für die beruflichen Schulen“ zu ergänzen.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, vom 27.07.2020,

Schule und Bildung sind nicht nur Sache einer Gemeinde, sondern einer Gemeinschaft.

Es ist genauso Aufgabe des Landes und des Bundes zu helfen, und dabei nicht nur die baulichen Missstände zu beseitigen.

Bildung ist der Schlüssel zur individuellen Entwicklung. Jedoch drohen, wie in der aktuellen Pandemie zu erkennen ist, diejenigen jungen Menschen abgehängt zu werden, die sich keinen Zugang zu modernen Medien leisten können.

Gerade jetzt müssen Schulen gestärkt werden und als Leuchttürme in der Orientierung einer verunsicherten Gesellschaft dienen.

Ich behaupte, dass es in der Geschichte Europas kein vergleichbares Ereignis gab, in dem Schulen eine derart tragende Rolle innehatten. In dieser Situation müssen Entscheidungsträger sich für Bildung und gegen Sparmaßnahmen entscheiden.

Das Beispiel „Feueralarm“ am Georg-Kerschensteiner-Berufsbildungszentrum vom 30.06.2020 sollte ein Weckruf (nicht nur für Ludwigshafen) gewesen sein.

Schulen müssen wieder sichere, saubere und angenehme Arbeitsplätze werden, an denen der (humanistische) Gedanke geprägt und die individuelle Entwicklung gefördert wird und nicht die Angst, dass beim Toilettengang die Decke herabfällt.

Der Berufsbildungsbericht

(MP) Das Berufsbildungssystem mit seinen sehr vielfältigen Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Qualifikationsniveaus bietet breite Karriereperspektiven und garantiert somit eine hohe Beschäftigungsfähigkeit.

Mit dem Berufsbildungsbericht, der einmal im Jahr den Ausbildungsmarkt abbildet, kommt das Bundesbildungsministerium seinem gesetzlichen Auftrag nach, die Entwicklung in der beruflichen Bildung kontinuierlich zu beobachten und der Bundesregierung jährlich Bericht zu erstatten.

Ergänzt wird der Berufsbildungsbericht durch den Datenreport zum Berufsbildungsbericht, der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) herausgegeben wird. Er bietet zahlreiche zusätzlichen Informationen und Analysen rund um die Entwicklung der beruflichen Bildung. Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht erscheint in der Regel zeitgleich zur Veröffentlichung des Berufsbildungsberichts.

Gegen den Trend stieg die Zahl der Anfänger in der Berufsbildung um 6.400 bzw. 0,9%. Alle anderen Sektoren, wie z.B. der Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung oder das Studium, mussten überwiegend demographiebedingte Rückgänge verzeichnen.

Der Anstieg konzentrierte sich auf die schulischen Ausbildungsgänge in Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens.

Die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge ging im vergange-

nen Jahr um 1,2% auf 525.100 zurück. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das Handwerk sowie Industrie und Handel zurückzuführen. Bei den freien Berufen sowie im Öffentlichen Dienst waren hingegen Zuwächse zu verzeichnen.

2018 lag die Vertragslösungsquote bei 26,5%. Allerdings setzten die Jugendlichen ihren Bildungsweg in der Ausbildung in mehr als 60% nach der Vertragsauflösung fort.

Dabei entfallen die Hälfte auf eine Ausbildung im dualen System und rund 14% auf schulische Ausbildungen sowie das Studium.

Ende September 2019 standen den 53.100 noch offenen Stellen (-7,8%) 24.500 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber (+0). Dabei verschob sich der Problemfokus von regionalen hin zu berufsbezogenen Ungleichgewichten.

Bedingt durch den Zuzug von Geflüchteten waren auch 2018 mehr Personen ohne formalen Abschluss zu verzeichnen. Die Quote der 20 bis 34-jährigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung lag bei 14,4%.

Während die Quote für Deutsche ohne Migrationshintergrund auf 8,3% zurückging, stieg sie für Menschen mit eigener Migrationserfahrung auf 32,9% an.

Der komplette Berufsbildungsbericht 2020 kann auf der Homepage des vlbs unter „Berufsbildungsbericht 2020“ nachgelesen werden.

Weitere Informationen finden sich auf der Homepage des Bildungsministeriums für Bildung und Forschung.

Deutschland hat beim digitalen Lehren und Lernen Aufholbedarf

(MP) Das Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie (IBB) der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) hat in der breit angelegten Studie „Schul-Barometer“ in der Schweiz, Deutschland und Österreich die Auswirkungen von Corona auf die Schule erforscht.

Dabei kam zum Vorschein, dass im Vergleich zur Schweiz und Österreich die Umsetzung des digitalen Unterrichts in Deutschland deutlich weniger ausgeprägt ist. Der Anteil an Lehrkräften, die angeben, keine digitale Präsenzzeiten mit den Lernenden verein-

bart zu haben, liegt in Deutschland bei genau 50%, in Österreich und der Schweiz ist dieser Anteil mit 30 und 33% deutlich niedriger.

In Deutschland berichten nur 36% der befragten Lehrkräfte, dass sie ihre Schülerinnen und Schüler über Online-Lern- und Arbeitsplattformen wie „Teams“ erreichen, während dies in Österreich 63% und in der Schweiz 57% tun bzw. berichten.

Gemäß den Aussagen der Schülerinnen und Schüler werden in Österreich mit 75% bis 82% häufiger On-

lineplattformen im Vergleich zu Deutschland mit 31% genutzt.

Lehrkräfte aus Deutschland schätzen sich im Vergleich zu Lehrkräften aus der Schweiz signifikant weniger kompetent für den Einsatz digitaler Lehr-Lern-Formen ein.

Nach Angaben der Schulleitungen stehen in Deutschland wesentlich weniger Ressourcen und technische Kapazitäten für digitales Lehren bereit als in Österreich.

Weiterführende Informationen gibt es auf der Homepage des IBB.

Neuwahlen im vlbs-Bezirksverband Vorderpfalz



Mitglieder des Bezirksverbandes Vorderpfalz nach der Neuwahl v.l.n.r.: Benedikt Seif, OV Ludwigshafen, alter und neuer Kassenwart, Ulrich Vogt, ehemaliger Vorsitzender, Ingolf Käsmeier, ehemaliger stellv. Vorsitzender, Ramin Djahazi, OV Ludwigshafen, neuer Vorsitzender und Markus Zöllner, OV Germersheim neuer stellvertretender Vorsitzender, zusammen und Christoph Ringhoffer, Geschäftsführer im vlbs-Landes-vorstand.

(MP) Am 23.06.2020 begrüßte der Vorsitzende Ulrich Vogt die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen zur Sitzung des BV Vorderpfalz in der BBS KHS Worms.

Zunächst zog Ulrich Vogt eine Bilanz seiner Zeit als Vorsitzender des Bezirksverbandes Vorderpfalz, die neun Jahre umfasste.

Herausragend war für den BV immer wieder die Mitwirkung bei den Personalratswahlen. Persönlich war für Ulrich Vogt, der als BV-Vorsitzender auch Mitglied im Landesvorstand des vlbs war, die Mithilfe an den Berufsschultagen des vlbs.

Aufgrund der durchschnittlich sechs Sitzungen, die der BV Vorderpfalz jährlich in den einzelnen Ortsverbänden durchführte, konnten diese kontinuierlich mit Information aus dem BV und dem LV versorgt werden.

Etabliert hat sich die „wiederbelebte“ Veranstaltung „Neujahrsempfang des vlbs“, die in Zusammenarbeit mit dem BV Südwestpfalz jährlich an der BBS N in Ludwigshafen stattfindet.

Hauptredner waren u.a. der ehemalige Landesvorsitzende Ulrich Brenken und der aktuelle Landesvorsitzende Harry Wunschel sowie Frau Dr. Sylke Grüll vom Landesprüfungsamt in Mainz.

Unvergessen ist auch die Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Landtag vertretenen Parteien.

Einen besonderen Dank sprach Ulrich Vogt seinem langjährigen Stellvertreter Ingolf Käsmeier und dem Kassenwart des BV, Benedikt Seif, aus. Sein Dank gebührte auch den treuen Mitwirkenden aus den Ortsverbänden und den ständigen Gästen vom BPR, Markus Penner sowie vom HPR und LV, Christoph Ringhoffer.

Deren Berichterstattung zeigte immer ein aktuelles Bild der Bildungspolitik in den Stufenvertretungen und dem Landesvorstand, die u.a. der Meinungsbildung im Verband diente und auch weiterhin dient.

Ulrich Vogt hat sich für das kommende Schuljahr eine neue Herausforderung gesucht und im Auslandsschuldienst in Bolivien gefunden.

Der BV Vorderpfalz dankt ihm für sein Engagement und wünscht ihm viel Erfolg für die kommenden Jahre in Bolivien.

Nach dem Bericht des Kassenwartes und der Entlastung des Vorstandes wurde Ramin Djahazi vom OV Ludwigshafen zum neuen Vorsitzenden

des BV Vorderpfalz gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Markus Zöllner vom OV Germersheim.

Benedikt Seif vom OV Ludwigshafen wurde als Kassenwart bestätigt und als Kassenprüferin wurde Birgit Kraus vom OV Bad Dürkheim gewählt.

Zum Ausklang der BV-Sitzung lud der neue Vorsitzende alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in das Lokal „12 Apostel“ nach Worms ein.

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org

Vorsitzender: Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Markus Penner, Römerstraße 10, 55411 Bingen, Telefon 06721-400834, Markus.Penner@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.